

Zum Nutzen des Challenge-Response-Ansatzes im Hinblick auf die Parteientwicklung in Mitteleuropa

Erscheint in: Marion Reiser / Kai-Uwe Schnapp (Hrsg.), 2007: Transformation als Dauerphänomen? Wiesbaden: VS Verlag

Timm Beichelt

1 Einleitung

Lässt sich die Entwicklung der Parteiensysteme in Mitteleuropa – also den acht post-sozialistischen Mitgliedstaaten der Erweiterungsrunde von 2004 – als auf Dauer gestelltes Transformationsphänomen bezeichnen? Dieser Frage nachzugehen, bedeutet in gewisser Weise eine Rückkehr zu einer Diskussion um grundlegende Erkenntnis-erwartungen der Transformationsforschung. "Die Transformation schreitet fort" lautet die Überschrift des dritten Kapitels von Karl Polanyis "Great Transformation" aus dem Jahre 1944, vom "Triebwerk gesellschaftlicher Veränderungen" ist etwas später die Rede (Polanyi 1995: 295, 314). Bei Polanyi war es der unkontrollierte Einbruch der Marktwirtschaft, der die politische Transformation des alten Europa unvermeidlich machte und dort gewissermaßen alternativlos zum Faschismus führte. Bereits im Vorwort zu Polanyis Werk wurde indes diskutiert, inwiefern die Handlungsmöglichkeit von "Staaten und Völkern" durch die geschichtliche Entwicklung und aus ihnen erwachsende funktionale Notwendigkeiten tatsächlich determiniert seien (MacIver in Polanyi 1995: 9-15).

Nach den Weltkriegen setzte die Modernisierungstheorie mit der Demokratie ein anderes politisches Modell an den Endpunkt von Transformationsprozessen. Wenn gleich der Regimecharakter des Endmodells nunmehr sympathischer erschien, hatte sich an der Teleologie der Modellierung wenig geändert. Bildung, ökonomischer Wohlstand und die Existenz einer Mittelschicht, so hieß es am Ende der 1950er-Jahre, seien zugleich notwendige und hinreichende Bedingungen für die Entstehung des "political man", der seinerseits politische Legitimation nur einem hinreichend offenen politischen Regime gewähren würde (Lipset 1959b; Lipset 1959a). Einige Jahrzehnte später wurde dieser Zusammenhang sogar dahingehend spezifiziert, dass ein Pro-Kopf-Einkommen von mehr als \$6.000,- einem Staat den Rückfall in die Autokratie prinzipiell verstelle (Przeworski et al. 1996).

Die mitunter nicht hinterfragte Unterstellung von Automatismen, naturgegebenen Entwicklungspfaden und Endzielen prägt also die wissenschaftliche Diskussion um politische Transformationsprozesse seit deren Anbeginn. Anders als bei Begriffen wie "Entwicklung" oder "Modernisierung" handelt es sich bei "Transformation" allerdings nicht um einen primär theoretisch entwickelten soziologischen Begriff.

Dem aus der Physik und Biologie entlehnten Kerngehalt der "Umwandlung einer Form in eine andere" (Regenbogen/Meyer 1998: 670-671) unterliegt keine Vorannahme über mögliche Umwandlungsgründe. Daher schlagen Mutmaßungen über endogene Entwicklungstendenzen besonders heftig aus. Einerseits steht zur Debatte, ob in der Transformation "Kräfte der Geschichte (...) vorgezeichnet" sind (Polanyi 1995: 329) oder sich gar ein "Ende der Geschichte" abzeichnet (Fukuyama 1992). Andererseits tauchen in Transformationskonzepten regelmäßig kollektive Akteure und ihre Handlungshorizonte mit maßgeblichen Entscheidungsressourcen auf (Przeworski 1991; Przeworski 1992; Higley 1998; Higley/Lengyel 2000).

Zwischen Struktur und Akteur stellt das Ausgraben des Challenge/Response-Ansatzes (im Folgenden CRA) des britischen Historikers Arnold J. Toynbee insofern letztlich eine konjunkturelle Volte der Transformationsforschung dar. Dies ist keineswegs abwertend gemeint – in einer jeden Konjunkturphase stellen sich neue, vorher unbekannte Sachlagen ein, die vorhandenes Wissen immer wieder neu in Frage stellen. Eine konjunkturelle Neubewertung der auf Mittel- und Osteuropa bezogenen Transformationsforschung steht auch seit langem auf der Tagesordnung: Die sich abzeichnende Nichtkonvergenz der demokratisierten Staaten des Post-Sozialismus mit dem westeuropäischen *Mainstream* stellt eine der ungemesserten Herausforderungen der Demokratie- und Transformationsforschung dar.

Im vorliegenden Beitrag wird die "Parteientwicklung in Mitteleuropa" seit dem Ende des Systemzusammenbruchs in den Jahren 1989/1991 diskutiert. Die Parteiensysteme der acht Länder Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn befinden sich *grosso modo* noch immer in einer Phase großen dynamischen Umbruchs. Sie stellen mehr als ein punktuelles Phänomen dar, da angesichts der gleichzeitigen Schwäche der mitteleuropäischen Zivilgesellschaften Veränderungen im Bereich der gesellschaftlichen Willensaggregation fast direkt auf die politischen Institutionen durchschlagen. Dabei ist nicht ganz klar auszumachen, ob es sich bei der Kombination großteils fragmentierter und polarisierter Parteiensysteme mit volatilen Regierungsverhältnissen um eine Angleichung an Verhältnisse in manchen westeuropäischen Ländern handelt oder um ein genuines Phänomen des post-sozialistischen Europa (siehe z.B. Szczerbiak/Taggart 2000).

Nur im zweiten Falle wäre die Mehrzahl der Politikwissenschaftler wohl geneigt, überhaupt von Transformation und nicht lediglich von Wandel zu sprechen. Wenn dies hier geschieht, werden damit zwei Dinge unterstellt. Erstens wird die Dynamik der Parteientwicklung in einen direkten Zusammenhang mit dem radikalen Systembruch vor etwa 15 Jahren gestellt, d.h. es wird eine zumindest partielle Abhängigkeit der Parteientwicklung von der sozialistischen Phase unterstellt. Zweitens wird implizit eine Rückwirkung der Parteientwicklung auf die Qualität und Ausgestaltung des demokratischen Prozesses unterstellt. Mittelfristig gilt dies zwar gemäß der Annahmen der politischen Systemlehre auch in etablierten Demokratien. Die neuen Demokratien Mitteleuropas befinden sich jedoch zweifellos noch in der Phase der Ausgestaltung von Untertypen der Demokratie zwischen parlamentarischen und semi-präsidentiellen (Shugart 1997), konsensualen oder majoritären (Lijphart 1999) sowie verschiedenen wohlfahrtsstaatlichen (Esping-Andersen 1990) Regimes. Parteipolitische Volatilität kann daher – anders als in Westeuropa – leicht die Etablierung stabiler Austauschbeziehungen zwischen Gesellschaft und Politik auch dann

verhindern, wenn vordergründig die Institutionen der Demokratie zu bestehen scheinen.

In allen Gesellschaftstheorien vom Liberalismus über kommunikatives Handeln bis zur Systemtheorie gilt sozialer Wandel als Auslöser politischen Wandels, sei es über politischen Wettbewerb, Rechtsordnungen oder legitimierende Anpassungsleistungen. Nicht zuletzt durch Globalisierung und Europäisierung hat sich der unterliegende Wandel jedoch in der Spätmoderne in hohem Maße beschleunigt (vgl. Rosa 2005). Parteien, Parteiensysteme und "Parteifamilien" (Beyme 1984) sind dadurch einem stetigen und hohen Veränderungsdruck ausgesetzt. Die Herausforderungen in Westeuropa lauten: Auflösung von parteistützenden Milieus (Inglehart 1990), der Bedeutungsverlust traditioneller Konfliktlinien (Mair 2000) und die Anpassung an die Mediendemokratie (Meyer 2001). Als zugehörige Antworten werden Phänomene wie Politik- bzw. Parteiverdrossenheit (Erhart/Sandschneider 1994), das Anwachsen der Gruppe der Nichtwähler (Falter/Schumann 1993) oder schlicht die Überforderung politischer Eliten angesichts überbordender Erwartungen (Hennis 1977/79) genannt.

Da diese Herausforderungen nun in Mitteleuropa als Transformationsraum zweifellos mit einer noch höheren Dynamik als in Westeuropa bestehen, verläuft auch das Antwortverhalten der Akteure unter hoch kontingenten Voraussetzungen. Mitteleuropäische Politiker, die wie ihre Kollegen in Westeuropa in aller Regel über politische Parteien zu ihren Ämtern gekommen sind, agieren in einem Umfeld, das nicht schon durch jahrzehntelange demokratische Traditionen vorgeformt ist. Sechs der acht mitteleuropäischen EU-Staaten haben vor 1989/1991 nicht einmal als eigenständige Staaten existiert. "Responses" parteipolitischer Akteure können daher in postsozialistischen Staaten gut betrachtet und analysiert werden, denn die Zahl der zu berücksichtigenden Kontextvariablen hält sich in Grenzen.

Nach einem möglichen Beitrag des CRA für die parteienorientierte Transformationsforschung wird im Folgenden in mehreren Schritten gesucht. Zunächst diskutiere ich die zwei dominanten Konzepte der transformationsbezogenen Parteienforschung, den Konfliktlinien- und den Legacy-Ansatz (Abschnitt 2). Mein Argument lautet, dass beide Ansätze mit zunehmendem zeitlichen Abstand zum Regimewechsel an Erklärungskraft für die Verbindung von Parteiensystem und demokratischer Konsolidierung verlieren. Der CRA kann dagegen hinsichtlich der Schwächen und Erklärungslücken der etablierten Ansätze als "Beobachtungsperspektive" (siehe den Beitrag von Reiser und Schnapp in diesem Band) verwendet werden, was in Abschnitt 3 geschieht. Dort zeige ich, dass mit der Perspektive des CRA die Herausbildung bestimmter Parteien und Parteifamilien in Mitteleuropa besser erklärt werden kann als mit den etablierten Ansätzen. Ein Ausblick schließt den Text ab.

2 Zwei Standardansätze zur Parteienbildung im post-sozialistischen Europa

Zwischen 1945 und dem Ende der 1980er-Jahre war der Parteienpluralismus im östlichen Europa stark eingeschränkt. Wo, wie etwa in Polen und der DDR, neben den sozialistischen Einheitsparteien weitere Parteien existierten, hatten sich diese unter-

zuordnen. Ein gewisser Pluralismus wurde in der gesellschaftlichen Sphäre toleriert (Skilling/Griffiths 1971), nicht jedoch im politischen Leben und im institutionellen Sinne. Nach dem Systemwechsel entwickelten sich Organisationen territorialer Repräsentation daher im Großen und Ganzen "from scratch". Während teilautonome Parteien in Westeuropa bereits Jahrzehnte (und manchmal Jahrhunderte) vor der Herausbildung eines demokratischen Regimes existiert hatten, mussten in Mittel- und Osteuropa die Parteien gleichzeitig mit der Demokratie zu entstehen.

Die empirisch orientierte Parteienforschung war auf diese Lage ähnlich schlecht vorbereitet wie die übrige Sozialwissenschaft: Nur wenige hatten den Zusammenbruch des Sozialismus vorhergesehen. Der Rückgriff auf Modelle der Parteienentstehung im Westen lag damit nahe, hatte jedoch mit teils verborgenen Kontextbedingungen und -annahmen zu kämpfen:

- Historische Ansätze standen angesichts der kurzfristigen Zeithorizonte auf tönernen Füßen. Höchstens die sozialistischen Nachfolgeparteien konnten auf eine gewisse soziale Basis innerhalb und außerhalb des Parlaments bauen; gerade sie hatten jedoch in den ersten neu gewählten Parlamenten dramatisch an Einfluss verloren (vgl. East/Pontin 1997). Während diese in einigen – aber nicht in allen – mitteleuropäischen Ländern später auf die politische Bühne zurückkehren konnten, erwiesen sich die treibenden Kräfte des Regimewechsels als kurzlebig. In Überblickswerken zeigt sich, dass der größere Teil der Parteien aus der Gründungszeit gar nicht mehr existiert (Bugajski 2002).
- Sozio-strukturelle Ansätze sahen sich dagegen nicht nur mit volatilen politischen Strukturen, sondern auch mit einer hohen gesellschaftlichen Dynamik konfrontiert. Gewiss handelte es sich beim *homo sovieticus* (Lewada 1993) um ein Konstrukt, dessen Gültigkeit für den gesamten sozialistischen Raum in Frage gestellt werden musste. Dennoch wirkte das langjährige Fehlen politischer Cleavages einer festen Strukturierung der Wählerschaft entgegen, und die schnell wachsende soziale und kulturelle Heterogenität trug zwar zur Polarisierung, weniger aber zur Verfestigung des Parteienwettbewerbs bei.
- Die Parteientwicklung aufgrund außerparlamentarischer Anstöße lag zwar wegen der Herkunft mancher Parteien aus den Oppositionsbewegungen nahe. Insbesondere die Forumsparteien – am deutlichsten in der Tschechoslowakei – waren in gewisser Weise als soziale Bewegungen entstanden. Anders jedoch als bei den Grünen Bewegungen in Deutschland und Skandinavien handelte es sich bei den spätsozialistischen Oppositionsbewegungen um extrem heterogene Gruppierungen, die unter dem Druck von Wahlkämpfen und/oder anschließender parlamentarischer Arbeit schnell zerfielen.

Über die besten Aussichten für eine adäquate Erklärung der Entwicklung der mitteleuropäischen Parteiensysteme verfügten daher solche Ansätze, die sich von vornherein mehreren Erklärungsdimensionen öffnen konnten. In der auf den Postsozialismus gerichteten Parteienforschung handelte es sich dabei im Wesentlichen um zwei Ansätze: den Cleavage-Ansatz mit seiner Verbindung von historischen und sozio-strukturellen Erklärungsfaktoren sowie den primär transformationstheoretischen *Legacy*-Ansatz (Jowitt 1992; Crawford/Lijphart 1997), der das Erklärungs-konstrukt

der "Pfadabhängigkeit" mit den Gegebenheiten des Parteienwettbewerbs kombiniert. Beide Ansätze liefern, wie bereits angedeutet, annehmbare Ergebnisse. Sie weisen jedoch auch den Schönheitsfehler auf, wichtige abweichende Fälle nicht erklären zu können.

2.1 Prädominanz gesellschaftlicher Strukturen

Der zunächst von Stein Rokkan entwickelte Cleavage-Ansatz (Lipset/Rokkan 1990) verweist bekanntlich auf gesellschaftliche Differenzen und deren Verfestigung in Konfliktlinien. Zwei Erklärungselemente verweisen auf die langfristige Perspektive des Konzepts; zum einen die *longue durée* gesellschaftlicher Makroentwicklungen und zum anderen die *freezing hypothesis*. Ersteres scheidet Konflikte von den *Issues*, die nur kurzfristig und mit kontingenten Effekten für Parteibildung und Wahlen eine Rolle spielen. Die Freezing-Hypothese – deren Relevanz nach wie vor umstritten ist (Lipset/Kuhnle/Karvonen 2000) – differenziert dagegen zwischen den Phasen der Parteibildung. Lipset und Rokkan unterscheiden zwischen Parteigründungen im Zusammenhang mit der Etablierung des Wahlrechts und späteren Gründungen bereits auf der Basis breiter elektoraler Partizipation (1990: 135). Später ist darauf hingewiesen worden, dass der Freezing-Hypothese mehr Geltungskraft zukommt, wenn der Fokus weniger auf Parteien als vielmehr auf Parteiblöcken liegt (Mair 2000).

Damit wird deutlich, dass die Eignung des Cleavage-Ansatzes für die Beschreibung und Erklärung der Parteiensysteme in den jungen Demokratien des postsozialistischen Europa von vornherein eingeschränkt war. Lediglich die Tschechoslowakei konnte auf eine einigermaßen stabile demokratische Tradition in den Jahren von 1918-1938 zurückblicken. Alle anderen mitteleuropäischen Demokratiegründungen nach dem Ersten Weltkrieg mündeten in Re-Autoritarisierung, und in anderen Staaten wie z.B. Russland oder Albanien hatte es vor 1989/91 nie ein universelles Wahlrecht gegeben. Die zur Zeit des Systemwechsels gestellte Frage, wie ähnlich die historisch-gesellschaftlichen Entwicklungen in Ost- und Westeuropa gewesen sind (Szücs 1990; Janos 2000), wurde daher relevant für die Konsolidierung der Demokratien, aber weniger für die Entwicklung und Konsolidierung der Parteiensysteme. Es existierten schlicht zu wenige Anknüpfungspunkte für eingefrorene gesellschaftliche Konflikte, die sich dauerhaft ins Politische übertragen und die Ära des Sozialismus überdauert hätten.

Dennoch wurde der Cleavage-Ansatz für die Analyse der Parteiensysteme des postsozialistischen Europa immer wieder herangezogen (Beyme 1994; Merkel/Sandschneider 1997; Segert 1997). Möglich war dies allerdings nur in einer verkürzten Form. Weniger die *longue durée* stand im Mittelpunkt, sondern ein letztlich vereinfachtes Konfliktmodell, in dem die "dauerhafte Übertragung ins Politische" (Schmidt 2004: 372; Hervorhebung TB) als Bestandteil der Definition sehr großzügig interpretiert wurde. Klaus von Beyme kam in dem wohl vollständigsten Überblick (Beyme 1994; Beyme 1997) auf acht Konfliktformationen: Arbeit/Kapital, Ancien Régime/Pro Transformation, Zentralismus/Dezentralismus, Materialis-

mus/Postmaterialismus, Zentrum/Peripherie, Nationalisten/"Westler", religiös/säkularisiert, Stadt/Land. Einige Jahre später konnte jedoch – auf einer zeitlich erweiterten Datengrundlage – eine Reduzierung und Systematisierung der Konfliktlinien verzeichnet werden. Dabei rückten drei Kategorien ins Zentrum (Beichelt 2001: 179-240):

- In der Systemwechselphase und unmittelbar danach dominierte der *Regimekonflikt* die Parteiensysteme. Die Zustimmung zur Demokratie als (einziger) Regierungsform sowie die Haltung mit der Regimevergangenheit wurden dabei die prägende Auseinandersetzung zwischen reformerisch und konservativ aufgestellten gesellschaftlichen Gruppen sowie den sie repräsentierenden Akteuren. Erst bei einer Überwindung des Regimekonflikts und der damit eingeleiteten Konsolidierung der Demokratie wurden die übrigen Konfliktlinien prägend für die politische Auseinandersetzung. In Mitteleuropa (nicht aber in Südost- und Osteuropa) war dies innerhalb weniger Jahre der Fall.
- Der *sozio-ökonomische Konflikt* umfasste dann die Bruchlinien zwischen Kapital und Arbeit sowie zwischen Stadt und Land. Als prägendes Gemeinsames stellte sich die Auffassung zum Tempo der Marktöffnung heraus, d.h. die Einstellung zur Geschwindigkeit der Einführung der Marktwirtschaft in allen ökonomisch relevanten Bereichen.
- Der *sozio-kulturelle Konflikt* vereinte die bei Lipset/Rokkan noch unterschiedenen Konfliktlinien zwischen Zentrum und Peripherie sowie die ethnische und religiöse Konfliktlinie. Ihr Zusammenfall in einerseits liberal-weltoffene und andererseits konservativ-abschirmende Partiefamilien hatte mit Besonderheiten auf allen drei Konfliktlinien zu tun: es handelte sich überwiegend um kleine und zentralistische, ethnisch heterogene und säkularisierte Staaten. Der liberale *Mainstream* der Mitte stand dabei solchen Kräften gegenüber, die sich als – z.B. ethnische, sprachliche, religiöse oder regionale – Minderheit nicht kulturell eingemeinden lassen wollten.

Diese Konstellation führte in Mitteleuropa zu einem anderen Gesamtbild der Parteilinienausrichtung als in Westeuropa. Die in kultureller Hinsicht konservativ-abschirmenden Kräfte standen in verwandtschaftlicher Nähe zu den Vertretern des graduellen sozio-ökonomischen Übergangs. Während in Westeuropa die Arbeiterklasse in der – auch kulturellen – Überwindung bestehender Verhältnisse einen Ausweg aus partieller Verarmung sah, war die werktätige Bevölkerung in Mitteleuropa auf Modernisierungsverlangsamung angewiesen, um ihr ökonomisches und kulturelles Kapital im neuen System neu auszurichten.

Dieser, lange Zeit eher punktuell oder deduktiv abgeleitete, Sachverhalt (Ishiyama 1998; Chirot 2001) wurde zuletzt auch durch eine empirische Untersuchung der programmatischen Verortung der Parteien in Mittel- und Osteuropa gestützt (Marks et al. 2006). Dort wird gezeigt, dass über die gesamte Region sozio-ökonomisch "linke" Kräfte in der sozio-kulturellen Dimension konservativ, d.h. traditionalistisch, agrarisch und nationalistisch, ausgerichtet sind. Im Gegenzug, und auch dies abweichend von aus Westeuropa bekannten Mustern, geben sich sozio-

ökonomisch liberale Kräfte auf der sozio-kulturellen Dimension überwiegend als "libertär" oder "alternativ" (ebd.).

2.1 Prädominanz von legacies

Der zweite Ansatz der auf postsozialistische Staaten ausgerichteten Parteienforschung bezieht sich wesentlich auf die Charakteristika der untergegangenen sozialistischen Regimes. Dabei konkurrieren zwei Theoreme miteinander, indem zum einen von einer grundsätzlichen Ähnlichkeit, zum anderen von deutlichen Unterschieden zwischen den kommunistischen Staaten ausgegangen wird. Das erste Theorem wird im Rahmen der *leninist legacies* diskutiert (Jowitt 1992; Crawford/Lijphart 1997). Gemeinsamkeiten zwischen den Transformationsstaaten bestehen demzufolge im Hinblick auf ökonomische, administrative und soziale Institutionen, die im neuen System unter neuen funktionalen Notwendigkeiten überlebt haben. Der Schwerpunkt des *Legacy*-Ansatzes liegt jedoch auf Einstellungen, Mentalitäten und anderen im weiteren Sinne dem Kulturellen zuzurechnenden Faktoren (vgl. Verdery 1998; Bönker/Wielgohs 2004). In unterschiedlicher Intensität wird dabei unterstellt, dass die in der sozialistischen Periode erlernten politischen Verhaltensmuster auch die postsozialistische Epoche prägen.

Besonders bei Jowitt war damit die These verbunden, dass alle nachsozialistischen Regimes mit ernsthaften Schwierigkeiten bei der Konsolidierung der Demokratie rechnen müssten. Seitdem die mitteleuropäischen Staaten mittlerweile als stabile Demokratien gesehen werden (vgl. bereits Karatnycky 1997), hat die These ihre empirische Gültigkeit verloren. Vielfach wurde argumentiert, Mitteleuropa habe dabei von einer Summe von begünstigenden Faktoren profitiert, u.a. dem Rückgriff auf eine effizienzorientierte Verwaltungskultur, eine größere Erfahrungen mit rechtsstaatlichen oder quasi-rechtsstaatlichen Verfahren in der Zwischenkriegszeit sowie der Aussicht auf den Beitritt zur EU (Offe 1998). Die unmittelbare Regimevergangenheit erwies sich ebenfalls als wichtig, denn in allen mitteleuropäischen Transformationsstaaten, außer vielleicht in Slowenien, hatte das Volk maßgeblichen Anteil am Ende des alten Regimes. Massendemonstrationen im Baltikum und der Tschechoslowakei, der Druck von unten in Polen und Ungarn hatten die alten Eliten aus der Vorherrschaft verdrängt. Im Gegensatz zu vielen Ländern weiter östlich, in denen die demokratischen Reformen eher "von oben" eingeleitet worden waren, gehörten damit partizipative Elemente zur Grundausrüstung der neuen Demokratien.

Innerhalb Mitteleuropas gab es indes auch Unterschiede. Am wichtigsten war das Element der Staatlichkeit. In Estland, Lettland, Litauen, der Slowakei und Slowenien mussten nach 1989/1991 die zentralen nationalstaatlichen politischen Institutionen völlig neu errichtet werden. Die auf die Bühne tretenden demokratischen Kräfte waren nicht nur in dem Sinne neu, dass es sich um demokratische im Gegensatz zu autokratisch orientierten Akteuren, Gruppen oder Parteien handelte. Sie agierten auch in einem neuen staatlichen Kontext, dessen langfristige Perspektiven nicht von Anfang an klar waren.

Vor diesem Hintergrund entwickelte Herbert Kitschelt – zunächst alleine, später mit einem Team von Länderexperten – ein Modell der Parteientwicklung, bei dem Falllagerungen mit dem Transformationsverlauf verknüpft wurden (Kitschelt 1992; Kitschelt 1995; Kitschelt u.a. 1999). Darin fanden als Variablen das vorkommunistische Erbe, die Muster der kommunistischen Herrschaft sowie Elemente der neuen politischen Systeme Platz. Als abhängige Variable fungierte bei Kitschelt nicht die inhaltlich-programmatische Zusammensetzung der Parteiensysteme, sondern die "Strukturiertheit des Parteiensystems". Damit stand auch der Bezug zur Demokratiefrage im Zentrum des Ansatzes, denn ähnlich wie andere Autoren (vgl. Sartori 1994) sah die Kitschelt-Gruppe in strukturierten Parteiensystemen mit stabilen und programmatisch klar identifizierbaren Parteien eine wichtige Voraussetzung für die Konsolidierung der Demokratie insgesamt.

Die Arbeiten Kitschelts weisen dabei eine gewisse innere Verbundenheit zum Legacy-Ansatz auf. Bei Jowitt und später bei Crawford/Lijphart waren es eine passive staatsbürgerliche Mentalität, eine nicht partizipative politische Kultur, eine post-sozialistische Überbürokratisierung sowie eine nicht kapitalismuskompatible Wirtschaftskultur, die der Demokratisierung und Konsolidierung entgegenstanden. Bei Kitschelt wirkten folgende Variablen negativ auf die Strukturierung von Parteiensystemen: in der vorkommunistischen Phase eine schwache wirtschaftliche Entwicklung sowie die Abwesenheit demokratischer Erfahrungen, während des Kommunismus ein patrimonial-despotischer Regimemodus, während des Regimewechsels eine von den alten Eliten initiierte Transition und während der demokratischen Konsolidierung ein parlamentarisches Regierungs- und ein repräsentatives Wahlsystem. Je entfernter also der Herrschaftsmodus der kommunistischen Regimes von den üblichen Praktiken in – gesellschaftlich und politisch offenen – Demokratien, desto geringer die Chancen auf nachhaltige demokratische Konsolidierung. Entsprechendes gilt für die umgekehrte Argumentationskette: Länder mit wirtschaftlich entwickelten Vorkriegsdemokratien, einem bürokratisch-autoritären und später von der Regimeopposition beseitigten Kommunismus genießen entsprechend höhere Konsolidierungsaussichten.

2.3 Das Problem der Standardansätze: fallweise begrenzte Erklärungskraft

Beide diskutierten Ansätze bergen beträchtliches Erklärungspotenzial für eines der Kernprobleme der Transformationsforschung, nämlich die Konsolidierung oder Nichtkonsolidierung junger Demokratien. Im Grunde konnte mit beiden Ansätzen relativ Ähnliches gezeigt werden. Neben einer Reihe relevanter Kontextfaktoren wirken sich vor allem hohe Fragmentierung und Instabilität von Parteiensystemen negativ auf die Konsolidierung der Demokratie aus. In Staaten wie Russland, der Ukraine oder zeitweise selbst der Slowakei waren es nicht zuletzt die zersplitterten und polarisierten Parteiensysteme, die die Etablierung der Demokratie als "only game in town" verhinderten. Anders herum wurde die Überwindung des Regimekonflikts zu einer Schlüsselvariable, wenn die Voraussetzungen für eine schnelle Konsolidierung nicht gegeben waren, wie etwa in Bulgarien, Rumänien oder der Slowa-

kei nach 1998 – mit anderen Worten bewirkte ein Ende der Verklärung des *ancien régime* durch die kommunistischen Nachfolgeparteien eine (wenn auch zeitversetzte) Überwindung der durch den Legacy-Ansatz unterstellten hemmenden Konsolidierungsfaktoren.

Dennoch bargen beide Ansätze auch Schwächen. Die für den Cleavage-Ansatz konstituierende Annahme der Existenz langfristig stabiler Bruchlinien innerhalb der Gesellschaft ist in Mitteleuropa nicht gegeben. Selbst in der verkürzten Rezeption hat der Ansatz mit dem Problem zu kämpfen, dass der Nachweis tatsächlich gegebener *struktureller* Bruchlinien nach weniger als einer Generation postsozialistischer Gesellschaftsentwicklung problematisch ist. Hier besteht ein wesentliches Forschungsdesiderat der Parteienliteratur. Bestehende Überblickswerke (Segert 1997; Bugajski 2002), wenn sie überhaupt in den letzten Jahren entstanden sind, decken die Ebene der gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen der existierenden Parteien kaum ab. Eine Analyse der Verbindungen zwischen (einer oder mehreren) gesellschaftlichen Gruppen und einer Parteienfamilie findet auch nur ausschnittsweise statt, nämlich im Hinblick auf postkommunistische Parteien (Ishiyama 1999; Nève 2002) und die radikale Rechte (Minkenbergh 2002; Mudde 2005). Über die gesellschaftliche Verwurzelung der gemäßigten Rechten sowie der agrarischen und liberalen Parteien ist dagegen wenig Systematisches bekannt, sodass auch die beiden Grundtheoreme des Cleavage-Ansatzes nur selektiv überprüfbar sind. Zum einen kann daher mitunter nur spekuliert werden, ob Parteien als Repräsentanten eines dauerhaft ins Politische übertragenen Konflikts zu interpretieren sind. Zum anderen lässt sich die *Freezing*-Hypothese auf dieser Grundlage kaum übertragen: In welchem Maße es erfolgreichen Parteien gelungen ist, ihr gesellschaftliches Unterstützungspotenzial zu stabilisieren und dadurch über einzelne Konfliktlinien hinweg integrierend zu wirken, lässt sich häufig nicht gesichert sagen.

Der Legacy-Ansatz gerät von einer anderen Seite in Schwierigkeiten: je weiter zurückliegend die Vergangenheit des *ancien régime*, und je stärker die strukturierenden Faktoren des neuen Parteienwettbewerbs sowie des politischen Systems insgesamt sind, desto weniger plausibel ist die Beschränkung einer Erklärung auf die primär historische Perspektive der Vorwendezeit. Zwar haben die historischen Gegebenheiten eine Rolle gespielt bei der Entwicklung von Regierungs- und Wahlsystemtypen. Weiterführende Erklärungen für die Konsolidierung von Parteiensystemen und Demokratie lassen sich jedoch kaum ableiten. Der Typ des Regierungssystems übt demnach zwar einen Einfluss aus. Allerdings geschieht dies nur in sogenannten "kontextsensiblen" (Grotz 2000) Konstellationen. Ähnliches gilt für die Wahlsysteme, wie etwas weiter zurückliegende Studien ausführlich gezeigt haben (Nohlen 1990; Nohlen/Kasapovic 1996). Damit verlieren beide bei Kitschelt verwendeten Variablen zumindest im mitteleuropäischen Raum an Bedeutung. Letztlich haben dort eine Reihe von herrschaftsgeschichtlichen, gesellschaftsstrukturellen und ökonomischen Variablen in gleichgerichteter Weise die Konsolidierung der Demokratie gefördert, institutionelle Eigenarten aber haben diesen Prozess nur mit minderem Gewicht beeinflusst (vgl. Offe 1998; Ash 1999/2000). Die Erklärungskraft des Legacy-Ansatzes bezieht sich damit vor allem auf die Ausprägung historischer Variablen, die jedoch mit zunehmender Regimedauer an Aussagekraft für Parteiensysteme oder politische Regime als Ganzes verlieren.

Mit wachsendem zeitlichem Abstand zum Regimewechsel bekommen also beide Ansätze Erklärungsprobleme, wenn es um Hypothesen zur Konsolidierung der Demokratie geht. Die Aussagen dagegen, die mit beschränkter Aussagekraft auf die Gestalt der Parteiensysteme zielen, erscheinen vom Gültigkeitsverlust weniger betroffen zu sein. Der Cleavage-Ansatz geht dabei zunächst davon aus, dass sich aus gesellschaftlichen Konflikten parteipolitische Strukturen ergeben. Selbst wenn weiter oben auf den unvollständigen Kenntnisstand hinsichtlich der politischen Ausprägungen gesellschaftlicher Konflikte hingewiesen wurde, kann doch im Groben auf die Existenz einiger Parteifamilien mit mehr oder minder großer Stabilität verwiesen werden. Ehemalige Mitglieder von Blockparteien und weitere ideologische Unterstützer des *ancien régime* stehen zusammen mit einem Teil der materiellen Verlierer des Wendeprozesses hinter postkommunistischen bzw. gewendeten postkommunistischen und jetzt sozialdemokratischen Kräften (siehe nochmals Ishiyama 1999). Die vergleichsweise starke Unterstützung von Agrarparteien in ländlichen Regionen lässt ebenfalls Zusammenhänge erwarten, allerdings weniger stark hinsichtlich der polnischen Samoobrona (Grün 2005). Die relativ starke Stellung liberaler Parteien – teils mit konservativem, teils mit eher sozial-demokratischem Einschlag – in größeren Wirtschaftszentren weist auf die entstehende Klasse einer urbanen Mittelschicht hin (vgl. Eyal/Szelenyi 1998). Wenn der Ansatz also nicht mit Transformationsaspekten im engeren Sinne überfrachtet wird, lassen sich durchaus Strukturen ausmachen, die mit den klassischen Schriften von Lipset/Rokkan sowie späteren Fortentwicklungen (nochmals Beyme 1984) vereinbart werden können.

Hinsichtlich des Legacy-Ansatzes gilt Ähnliches. Die Gestalt der Parteiensysteme, die sich in etablierten Demokratien nach Variablen wie Polarisierung und Fragmentierung unterscheidet, kann selbstredend auch in den neuen Demokratien Mitteleuropas mit bestimmten historischen Tiefenprozessen in Verbindung gebracht werden. Gerade weil in den Ländern der Region mittlerweile mindestens fünf, häufig auch mehr Wahlen seit dem Regimebruch stattgefunden haben, kann die Polarisierung zwischen Postkommunisten bzw. Sozialdemokraten auf der einen und Konservativen auf der anderen Seite als Spätfolge von ethischen Konflikten zwischen Reformern – aber damit eben auch Verteidigern – des *ancien régime* und Systemoppositionellen interpretiert werden.

Auf einer aggregierten Ebene können die Kennzahlen der Volatilität und der Fragmentierung empirische Rückschlüsse auf die Gültigkeit beider Ansätze geben (siehe Tabellen 1 und 2). Die hohen Volatilitätsraten, wie sie z.B. in Estland (2003), Polen (2005) und Lettland (2002) zu besichtigen waren, verweisen auf die wenig stabilen Wettbewerbsstrukturen mancher Parteiensysteme. Eine Disaggregation der Volatilitätsraten ergibt, dass in Mitteleuropa immer wieder neu entstandene Parteien mit hohen Stimmanteilen in Parlamente einziehen; anschließend ergibt sich häufig eine geringe Lebensdauer von lediglich einer oder zwei Legislaturperioden (Bugajski 2002). Auf der anderen Seite zeigt die Tabelle im Übrigen auch Kontinuitätsraten von 80% und höher in Litauen, Slowenien, Tschechien und Ungarn – dieser Anteil von Mandaten wurde von denselben Parteien (nicht Personen) besetzt wie im jeweils zuvor gewählten Parlament. In diesen Ländern zeichnet sich also eine gewisse Stabilität der Parteiensysteme ab, und in den genannten Ländern sind auch die

oben aufgeführten, gleichermaßen verfestigten und gesellschaftlich rückgebundenen Parteienfamilien überproportional vertreten.

Tabelle 1: Volatilität in den Parteiensystemen Mitteleuropas

Land	Volatilität auf Stimmenebene*	
	Vorletzte Wahl	Letzte Wahl
Estland	38.4 (1999)	38.6 (2003)
Lettland	48.1 (1998)	61.2 (2002)
Litauen	48.1 (2000)	**15.7 (2004)
Polen	48.3 (2001)	38.6 (2005)
Slowakei	41.8 (2002)	24.9 (2006)
Slowenien	24.6 (2000)	19.5 (2004)
Tschechien	16.6 (2002)	21.3 (2006)
Ungarn	21.3 (2002)	7.3 (2006)

* Summe der Veränderung von Stimmenanteilen für Parteien im ersten Wahlgang einer Unterhauswahl. In die Berechnung mit einbezogen werden dabei die Parteien, die bei einer der beiden Wahlen den Einzug ins Parlament geschafft haben.

** Der Wert für Litauen ist nicht eindeutig zu errechnen, da Parteien in unterschiedlichen Wahlen unterschiedliche Listenverbindungen eingegangen sind. Zugrunde gelegt wurden jeweils die Veränderungen bei den größten an den Listenverbindungen beteiligten Parteien (Neue Union (NS), Liberale Union (LLS) und Bauernpartei (LVP); vernachlässigt werden demzufolge die jeweiligen Listenpartner Sozialdemokratische Partei (LSDP), Liberaldemokratische Partei (LDP) und Neue Demokratische Partei (NDP)).

Quelle: Eigene Berechnung auf der Basis von Daten von www.electionsworld.org sowie den Homepages nationaler Parlamente und Wahlkommissionen.

Hinsichtlich der Fragmentierung zeigt sich, dass Hypothesen beider Ansätze sowohl bestätigt als auch widerlegt werden. Lediglich in Ungarn und vielleicht in Tschechien lässt sich von moderaten Mehrparteiensystemen (nach Sartori 1976) sprechen. Dort ist also eine Strukturierung gegeben, und sie lässt sich in beiden Fällen auf Elemente der vorkommunistischen und der kommunistischen Periode beziehen: Tschechische Parteipolitiker knüpften vor allem in den ersten Jahren sehr wohl an die tschechoslowakische Zwischendemokratie an (Vodicka 1997), und die Wirt-

schaftsreformen und der bürokratisch-autoritäre Kommunismustyp (Bayer/Deppe 1993) bestätigen sich als systemstrukturierende Elemente im ungarischen Fall.¹

In anderen Ländern belegt die große Anzahl effektiver Parteien (nach Laakso/Taagepera 1979)² eine vergleichsweise schwache Konzentration der politischen Macht. Mit Ausnahme Ungarns und Tschechiens haben sich keine großen und stabilen Parteien mit einer integrierenden Funktion auf der einen oder anderen Seite des politischen Spektrums herausgebildet. Vielmehr konkurrieren häufig mehrere Gruppierungen mit ähnlichen Programmen erfolgreich um Wählerstimmen und erschweren damit die Konzentration der Parteiensysteme.

Tabelle 2: Fragmentierung in den Parteiensystemen der EU-Beitrittskandidaten (auf Mandatebene)

Land	1998		2002		Frühsommer 2006	
	Effektive Parteien*	Anzahl der Parteien**	Effektive Parteien*	Anzahl der Parteien**	Effektive Parteien*	Anzahl der Parteien**
Estland	5,4	6	5,5	7	4,7	6
Lettland	5,5	6	5,0	6	***	***
Litauen	2,8	6	4,2	5	6,2	7
Polen	3,1	4	3,6	6	4,3	6
Slowakei	4,8	6	6,1	7	4,8	6
Slowenien	5,5	7	4,8	8	4,9	7
Tschechien	3,7	5	3,8	5	3,1	5
Ungarn	3,5	6	2,5	4	2,4	4

* Effektive Parteien nach Laakso/Taagepera.

** Parteien im Parlament mit jeweils mindestens zwei Prozent Mandatsanteil.

*** Neuwahlen finden im Laufe des Jahres 2006 statt.

Quelle: Eigene Berechnung auf der Basis von Daten von www.electionsworld.org sowie den Homepages nationaler Parlamente und Wahlkommissionen.

- 1 Die Kommunismusforschung hat zwischen verschiedenen Typen kommunistischer Regimes unterschieden. Dem bürokratisch-autoritären Typ werden in der Tendenz demokratiekompatible Elemente zugeschrieben (Kitschelt 1992), denn die administrative Kompetenz bietet Anknüpfungspunkte für den Rechtsstaat, und die "autoritäre" Herrschaft ist weniger repressiv gewesen als eine "diktatorische".
- 2 Der Index wird mit der Formel $1/p_i^2$ errechnet und gewichtet die im Parlament vertretenen Parteien nach ihrer jeweiligen Stärke (kleine Parteien gehen nur zu einem geringen Anteil in den Index ein; wegen ihrer geringen Stärke sind sie weniger "effektiv").

Cleavages und Legacies lassen sich mit Fragmentierung und Volatilität über folgende Überlegungen verbinden:

a) In heterogenen Gesellschaften – messbar am Grad der ethnischen und religiösen Vielfalt – sind hohe Fragmentierungs- und Volatilitätsraten eher zu erwarten als in homogenen Gesellschaften. Sie sind nicht an sich als Ausdruck von Instabilität zu werten, sondern erwartbares Resultat politischer Konflikte, die auf vielen Ebenen zur Dynamik im Parteiensystem beitragen. Dem Cleavage-Ansatz ist also eine gewisse Prognosekraft zuzuschreiben, wenn eine homogene Gesellschaft gleichzeitig mit geringen Volatilitäts- und Fragmentierungsgraden einhergeht (und umgekehrt). In Mitteleuropa trifft dies am ehesten auf Estland, Lettland, Tschechien und Ungarn zu: Während erstere durch die Präsenz der russischen Minderheit eine zusätzliche Konfliktlinie aufweisen und daher nach wenigen Legislaturperioden durchaus noch Instabilität bei den Parteien erwartet werden kann, haben die vergleichsweise homogenen Länder Tschechien und Ungarn stabile – wenngleich recht polarisierte (Gawrich 2003; Brusis 2004) – Parteienlandschaften hervorgebracht. Polen stellt den Kontrastfall dar. Einer der homogensten Staaten Europas weist ein zugleich volatiles, fragmentiertes und polarisiertes Parteiensystem auf, welches mit dem Konfliktlinienansatz nur schwer erklärt werden kann.

b) Für den Legacy-Ansatz, der auf die Strukturiertheit des Parteiensystems zielt, kann der Indikator der Fragmentierung herangezogen werden. Obwohl Strukturiertheit und Fragmentierung selbstredend nicht als deckungsgleich zu betrachten sind, korreliert jedoch die Größe von Parteien mit deren gesellschaftlichen Integrationspotenzial. Ein hoher Fragmentierungsgrad schließt ein strukturiertes Parteiensystem in gewissem Sinn aus, während ein geringer Fragmentierungsgrad auf die Aggregationskraft der geringeren Anzahl der parlamentarisch vertretenen Parteien schließen lässt. In diesem Sinne kommt der Legacy-Ansatz eigentlich nur bei den drei baltischen Staaten zu einem eindeutigen Ergebnis: wegen der Schwäche vorkommunistischer Demokratieerfahrungen, der 70 Jahre langen Phase eines zeitweise stalinistischen Kommunismus und wegen der wirtschaftlichen Rückständigkeit erscheint das Fehlen strukturierter Parteiensysteme gut erklärt. Bei den meisten anderen Fällen scheitert eine unilineare Erklärung an der uneindeutigen Ausprägung der unabhängigen Variablen. Die beiden tschechoslowakischen Staaten können als einzige auf eine vorkommunistische Demokratieerfahrung zurückblicken, hatten es aber nach 1968 mit einer besonders repressiven Form des Kommunismus zu tun (vgl. Leff 1997). Staaten wie Polen oder Ungarn mit einer wenigstens zeitweise offeneren Form des Kommunismus verfügten durch den Zusammenbruch der eigenen Zwischenkriegs-Demokratie und Territorialverschiebungen nach 1918 bzw. 1945 über gleichermaßen strukturierungszuträgliche wie –abträgliche Faktoren.

3 *Challenge und Response: Alternative Erklärungsmöglichkeiten?*

Sowohl der Cleavage- wie auch der Legacy-Ansatz weisen also Stärken und Schwächen auf, wobei die spezifische Erklärungskraft mit zunehmendem zeitlichem Abstand zum unmittelbaren Regimewechsel abzunehmen scheint. Bietet der Challenge-Response-Ansatz (im Folgenden CRA) alternative Analyse- oder Erklärungspotenziale? Um zu einer Antwort zu gelangen, lohnt ein erneuter Rückblick auf die Defizite der Modernisierungstheorie. Deren Erwartung an den "political man" lautet, dass sich auch in Staaten mit gut ausgebildeten Bevölkerungen und einigermaßen hohem sozio-ökonomischen Entwicklungsstand ein Legitimationsband zwischen formal demokratischen Herrschaftsträgern und Bevölkerungen bilden müsse. In Mitteleuropa, wo diese Bedingungen im Großen und Ganzen zutreffen, sind stattdessen im Herbst des Jahres 2006 instabile oder extremistische Regierungen in mindestens der Hälfte Fälle zu finden. In Polen und der Slowakei sind Regierungen mit rechts-radikalen Koalitionspartnern im Amt; in Ungarn finden politische Revolten vor Parlament und nationalem Rundfunk statt; Tschechien muss seit Juni 2006 ganz ohne mehrheitsfähige Regierung auskommen.

Weiterhin lassen sich deutliche Entfremdungseffekte zwischen Regierenden und Regierten feststellen. In Mitteleuropa erklären nur in Slowenien mehr als 50% der Bevölkerung, mit der Funktionsweise der Demokratien in ihrem Land zufrieden zu sein. In Litauen, Polen, der Slowakei und Ungarn liegt der entsprechende Wert unter 30% (siehe Eurobarometer 63, 2005). Dabei handelt es sich vielleicht nur um typische Etablierungsschwierigkeiten junger und damit potenziell, aber nur übergangsweise "defekter" (Merkel et al. 2003) Demokratien. Zusätzlich kann zu bedenken gegeben werden, dass selbst lang etablierte Demokratien wie etwa Italien über ähnliche Stabilitäts- und Legitimitätsdefizite verfügen, dass mithin die Referenz an eine projizierte ideale Demokratie die eigentliche Fehlerquelle darstellt (so ansatzweise Dahl 1989: 1-9). Selbst dann bliebe jedoch die Frage, ob und unter welchen Bedingungen sich die *grosso modo* durch instabile intermediäre Systeme gekennzeichneten Regimes zu ausgewachsenen Demokratien entwickeln können.

An dieser Stelle hilft die Kernaussage des CRA, implizit eine phasenspezifische Analyse und Argumentation anzustreben. Für die sozialen und politischen Ordnungen, die in der ersten Transformationsphase entstanden sind, können von vornherein nur "defekte" Zustände erwartet werden. Die Gestalt der in jener Zeit neu entstandenen Parteien- und Institutionensysteme dient jedoch gleichzeitig als Impulsgeber weiterer Veränderungen bzw. Transformationen. Die Begrifflichkeit von "Herausforderung" und "Antwort" erscheint adäquat, um die historische Kontextualität eines jeden Systembruchs sichtbar und greifbar zu machen. In jeder Phase wird das von Akteuren vorgefundene System mit den Defiziten seiner Leistungsfähigkeit als immer neue Herausforderung begriffen. So konzeptionalisiert, verfügen Transformationsprozesse weder über klar einsichtige Ausgangs- noch Endpunkte. "Ein Systemzusammenbruch ist [demnach] nicht nur ein 'Challenge', sondern selbst schon eine 'Response'" (siehe den Beitrag von Rosa und Schmidt in diesem Band).

Auch strukturell passt das Handlungsfeld von politischen Akteuren im Rahmen eines Parteiensystems zu den Einsatzmöglichkeiten des CRA. Stärker als andere Ak-

teursgruppen, etwa in Verbänden und Zivilgesellschaft oder Verwaltung und Gerichtsbarkeit, haben parteipolitische Akteure ein prinzipiell offenes Steuerungsfeld vor sich. Von der Aggregierung gesellschaftlicher Interessen in Parteien und Parlamenten bis hin zur Verhandlung und Formulierung von Outputs verfügen sie über Zugriff auf einen großen Abschnitt des Policy-Zyklus. Im Transformationskontext ist zudem von noch verstärkten Handlungsspielräumen auszugehen. In einer frühen Phase prägte Attila Agh (1994) den Begriff der "Überparlamentarisierung", um die Übermacht der Parlamente gegenüber anderen politischen Instanzen zu beschreiben. Später wurde die Autonomie der Parlamente im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses zwar in vielen Politikfeldern wieder eingeschränkt (Lippert 2004), aber die schwache Konsolidierung der Regierungssysteme und die instabilen Wählerbindungen eröffneten den Akteuren weiterhin ein Handlungsfeld mit vergleichsweise wenigen handlungsbeschränkenden Institutionen.

Als wenig kompatibel erweisen sich die traditionellen Ansätze und der CRA allerdings, wenn es um die Parteiensysteme und damit um die Makro-Ebene geht. Hier ist der CRA mit seiner an der Akteursperspektive orientierten Sichtweise nicht einschlägig. Letztlich geht es weder Beyme noch Kitschelt um die Isolierung einer Handlungslogik, mit der Akteure innerhalb eines gegebenen Handlungsrahmens agieren könnten. Vielmehr reagieren die Parteien, ja das gesamte Parteiensystem im Cleavage-Ansatz auf gesellschaftliche Bruchlinien und haben dabei nur einen recht begrenzten Spielraum. Im Legacy-Ansatz ist der Handlungsspielraum von Akteuren vielleicht noch enger, denn langfristigen Traditionslinien wird eine noch größere Bedeutung zugemessen. Im Hinblick auf das Parteiensystem lassen sich beim Vergleich der klassischen Ansätze auf der einen sowie des CRA auf der anderen Seite lediglich Abwägungen, nicht jedoch abschließende Aussagen treffen.

Eine solche betrifft das oben bereits angesprochene Konzept der Partiefamilien (siehe nochmals Beyme 1984). Partiefamilien sind auf der Meso-Ebene angesiedelt; sie verbinden über die Institutionalisierung gesellschaftlicher Interessen sowie deren politischer Verwirklichung die entscheidenden Instanzen des Policy-Zyklus. Gleichzeitig verweisen sie auf strukturelle Ähnlichkeiten zwischen Fällen, ohne zugleich eine feste Hypothese für den Grund der Ähnlichkeiten anzuführen – eine sozialdemokratische Partei kann in einem Land entweder in Abgrenzung zu sozialistischen Rivalen oder in schrittweiser Anpassung an bestimmte soziale Herausforderungen entstanden sein.

Die Empirie der Verteilung von Partiefamilien in Mitteleuropa weist nun im Vergleich zu Westeuropa recht unterschiedliche Ausprägungsformen auf (vgl. Marks et al. 2006). Während bei Sozialdemokraten, Liberalen, Christdemokraten und Konservativen Ähnlichkeiten in beiden Regionen zu beobachten sind, fallen folgende Unterschiede ins Auge: die Radikale Linke ist in der sozio-kulturellen Dimension konservativer, Agrarparteien sind in der sozio-ökonomischen Dimension weniger liberal und die Radikale Rechte ist in der sozio-ökonomischen Dimension viel konservativer als jeweils in Westeuropa. Zusammenfassen lassen sich die Befunde dahingehend, dass sich "Traditionalisten", "Agrarier", und "Nationalisten" in Mittel- und auch in Osteuropa mit marktkritischen Programmen positionieren. Dabei wird einerseits das Entstehen des Staates für schwache soziale Schichten gefordert, ande-

rerseits häufig über "Anti-Establishment"-Ressentiments gegen Bürokratie und eine Übermacht des Staates argumentiert (ebd.; vgl. Ramet 1999).

Dieses Ergebnis ist nur begrenzt als Resultat von Konfliktlinien oder historischen Pfadabhängigkeiten zu verstehen. Die Radikale Linke und Rechte erscheint in Mitteleuropa zwar insgesamt etwas stärker parlamentarisch vertreten als in Westeuropa. Insgesamt überwiegen hier wie dort konjunkturelle Wahlgewinne dieser Kräfte, wobei meist eine Anti-Establishment-Haltung eine Rolle spielt (Taggart/Szczerbiak 2002). Ein guter Teil der Erfolge radikaler Kräfte muss daher mit situativen Elementen erklärt werden, die mit dem Cleavage-Ansatz schwer vereinbar sind (Sitter 2002). Die Entwicklung des Nationalismus in Mitteleuropa lässt sich über den historischen Pfad schon besser erklären (vgl. Brubaker 1997). Über eine solche Herleitung wurde zwischen einem faschistisch-autokratischen und einem kommunistisch-nationalistischen Typ des Rechtsradikalismus unterschieden, von dem unterschiedliche Grundpositionen im Hinblick auf die Marktausrichtung erwartet werden müssten (Beichelt/Minkenberg 2002: 252).

Mit dem CRA lässt sich dagegen ohne Umwege und damit eleganter erklären, warum es zu dieser von der westeuropäischen Folie abweichenden Gestalt gekommen ist. Alle drei Parteifamilien verarbeiten spezifische postsozialistische Problemlagen, die in dieser Schärfe in Westeuropa nicht vorzufinden ist. Erstens hat der Staat in Mittel- und Osteuropa große Schwierigkeiten bei der Erfüllung einiger seiner zentralsten Aufgaben, z.B. der Bekämpfung von Verbrechen, der Aufrechterhaltung der Infrastruktur, der Ausfinanzierung des Bildungssystems und der Bekämpfung von Korruption. Daher verspricht eine programmatische Ausrichtung auf Law-and-order-Programme elektoralen Gewinn. Zweitens führt die vergleichsweise hohe Korruption in vielen Teilen der Verwaltung und des Rechtssystems (vgl. Transparency International 2005) zu einer Zurückweisung des Staates als zentralem Akteur; eigentlich eine traditionelle liberale Position. Andererseits hat es der Staat in der Regel drittens nicht vermocht, den sozialen Abstieg vieler Bevölkerungsschichten zu bremsen. Das führt zu guten Erfolgsaussichten für alle politischen Kräfte, die sozialprotektive Versprechungen machen.

Daraus ergeben sich folgende, vom westeuropäischen Muster abweichende, Erklärungselemente: (1) Das konservative Element in mitteleuropäischen Parteifamilien ist nicht als Opposition zur Demokratie, sondern als Protest gegen das Staatsversagen entstanden. (2) Das liberale Element wendet sich gegen Überbürokratisierung und muss sich in seiner Befürwortung der Marktwirtschaft stärker mit den negativen sozialen Folgen des staatlichen Fürsorgeentzugs auseinandersetzen. In der Folge werden in Mitteleuropa als Transformationsraum einzelne Programmelemente anders gewichtet als aus Westeuropa bekannt; es ergeben sich "eigentümliche Mischungen", wie ein guter Kenner der mitteleuropäischen Parteienlandschaften bemerkt hat (Veser 2003a; Veser 2003b). Die ungarische Bürgerpartei (FIDESZ-MPP), die polnische Recht und Gerechtigkeit (PiS), die slowakische Smer und die litauischen Liberaldemokraten (LDP), sie alle vereinen die in Westeuropa wenigstens in dieser Exponiertheit nicht gemeinsam auftretenden Programmelemente des pro-staatlichen Sozialprotektismus, anti-staatlicher Bürokratieschelte sowie einer ausgeprägten Law-and-order-Rhetorik (Beichelt 2004: 73-84). Die spezifischen Herausforderungen der Transformationsphase laden also zu spezifischen Antworten

bzw. Responses ein, die – und das ist das Neue – in einer Art und Weise kombiniert werden, die im westeuropäischen Kontext wohl als widersprüchlich empfunden wird. Das abweichende Element besteht im Kontext der "Transformation".

Die daraus erwachsende Frage lautet, ob die politischen Akteure im Transformationsraum mit wachsendem zeitlichen Abstand zum Regimewechsel ein widerspruchsfreies Staatsverständnis entwickeln werden. In der fortgeschrittenen Transformationsforschung (Linz/Stepan 1996) wird gerade einem funktionierenden Rechts- und Verwaltungsstaat eine zentrale Rolle für die Konsolidierung der Demokratie zugeschrieben, und über einen solchen lassen sich Verbrechensbekämpfung und Sozialstaatsfunktionen möglicherweise effektiver organisieren als durch Bürokratieabbau auf breiter Front.

Während sich der CRA also im Hinblick auf unseren Gegenstand als elegante Alternative zu den Standardansätzen erwiesen hat, werden mit den letzten Überlegungen auch seine Grenzen deutlich. Zwar lassen sich bestimmte Elemente des mitteleuropäischen Parteienwettbewerbs gut darstellen und als Reaktion auf transformationsspezifische Herausforderungen verstehen. Allerdings sind der Erkenntnis Grenzen gesetzt, wenn es um Verallgemeinerungen und über das Situative hinausgehende Erklärungen geht. Die beobachtete Kombination aus Sozialprotektionismus und Law-and-Order gab es vor zehn Jahren noch nicht – wird es sie in zehn Jahren noch geben? Wo der Cleavage-Ansatz sowie der Legacy-Ansatz über eine Kombination von historischer Herleitung und sozial-strukturellen Plausibilitätsüberlegungen auch Prognosen über den weiteren Entwicklungspfad herausarbeiten können, bleibt der CRA blass.

Der Ansatz funktioniert im Hinblick auf die Parteiensysteme Mitteleuropas nicht zuletzt deshalb gut, weil die schwache Vorstrukturierung politischer Konflikte den Akteuren ein hohes Maß an situativen Handlungsspielräumen eröffnet. Die zunehmende Einbettung in die Europäische Union, das zuletzt starke Wirtschaftswachstum sowie das prospektive Scheitern populistischer Akteure könnten sich insgesamt als Faktorenbündel erweisen, welches mittelfristig zu einer Konsolidierung der intermediären Systeme beiträgt. Unter Aufgabe der *Freezing*-Hypothese – die für Mittel- und Osteuropa seit jeher wenig plausibel war – müsste sich dann erst erweisen, ob der Cleavage-Ansatz trotz seiner Übergangsschwierigkeiten nicht doch dazu in der Lage ist, die Grunddeterminanten des Parteienwettbewerbs abzubilden.

4 Ausblick

Ganz im Sinne seiner Wiederentdecker hat sich der CRA im vorliegenden Text als "erkenntnisleitendes Instrument zur Gewinnung eines besseren Verständnisses für den erratischen und häufig paradoxalen Charakter historischer Abläufe" erwiesen (siehe den Beitrag von Best in diesem Band). Eigentümlicherweise funktioniert seine Verwendung als akteurszentrierter Ansatz ohne besondere Bemühungen zur Isolierung bestimmter Akteure oder Akteursgruppen. Die Unterstellung rationalen reaktiven Handelns bei Partieliten in Mitteleuropa reicht aus, um ein gegenüber etablierten Ansätzen besseres Verständnis für die Herausbildung bestimmter Interakti-

onsmuster auf der Mesoebene zu erlangen. Vorteile erlangt der CRA dabei nicht zuletzt dadurch, dass ihm eine Differenzierung nach Transformationsphasen inhärent ist. Die dominanten Muster parteipolitischer "Reaktionen" auf Transformationsherausforderungen haben sich erst in einer späteren Phase herausgebildet. Vor dem Hintergrund der Herausforderungen durch die Systemtransformation von 1989/1991 ergeben sich "Challenges zweiter Ordnung" (Best 2004), in denen Akteure nicht mehr nur unmittelbar auf die Transformationsfolgen, sondern auch für die aus dem Systemumbruch resultierenden Probleme Antworten finden müssen.

Auf der inhaltlichen Ebene ergibt sich ein bedenkenswerter Bruch zwischen West- und Mitteleuropa. In Westeuropa werden rechts- wie linkspopulistische Kräfte durch etablierte parteipolitische Eliten selbst dann marginalisiert, wenn sie – wie jüngst wieder in den Niederlanden – hohe relative Wahlerfolge erringen können. Obwohl dieser Reflex auf der politischen Ebene ansatzweise auch für Mitteleuropa funktioniert, setzt der CRA die Dinge in eine andere Perspektive. Die für westliche Gewohnheiten "populistische" Verbindung von Staatsschelte und Staatsvertrauen – oder die Law-and-Order-Parolen durch halbseidene Politiker wie Andrzej Lepper in Polen – steht hier in deutlich rationalerem Licht. "Populisten" können geradezu als Vertreter einer schöpferischen Kategorie gelten, die nämlich auf produktive, d.h. in Wahlen erfolgreiche, Art und Weise die Herausforderungen zweiter Ordnung in ungewohnter Weise kombinieren.

Tabelle 3: Wahl von Antworten beim Auftreten von Herausforderungen

		Persistenz von Verhaltensmustern aus der Zeit vor Auftreten des Challenge	
		hohe Vorprägung der Akteure	schwache Vorprägung der Akteure
Rigidität der neuen Institutionenordnung	hoch	alternativ: Unterwerfung oder Rebellion	Anpassung
	niedrig	Beibehaltung etablierter Handlungsmuster	Improvisationen

Quelle: In Anlehnung an den Beitrag von Best in diesem Band.

Die Wahl von Antworten, also von Responses in Reaktion auf Challenges, fällt dabei im Übrigen gruppenspezifisch und nicht länderspezifisch aus. In Tabelle 3 werden die Grundkategorien möglicher Antworten aufgelistet, so wie sie in einem der Theoriebeiträge des vorliegenden Bandes dargestellt werden (vergleiche den Beitrag von Best in diesem Band). In den mitteleuropäischen Parteiensystemen haben sich unterschiedliche Verhaltensmuster *simultan* entwickelt. Manche Akteure, vor allem in den von westlichen Vorbildern bekannten Parteienfamilien, haben sich an die Vorgaben der Demokratie "angepasst"; sei es durch die Macht der demokratischen Idee oder durch den Druck externer Organisationen wie der Europäischen Union. Andere Akteure jedoch wenden sich zugleich explizit oder implizit gegen solche

Transformationsfolgen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt vermeintlich bedrohen. Sie "unterwerfen" sich nicht (z.B. anhaltenden Ermahnungen der EU-Kommission), sondern treten in Opposition zu kapitalismusbedingter sozialer Ausdifferenzierung, Kriminalisierung des öffentlichen Raums und zu (durch Brüssel bedingtem) Bürokratismus.

Die Akteure in den Transformationsstaaten sind nicht nur in unterschiedlichem Maße von den Handlungsprämissen des sozialistischen Regimes vorgeprägt. Sie verfügen gleichzeitig über einen gewissen Handlungsspielraum bei der Beurteilung, wie rigide die neue Institutionenordnung erscheint. Wenn die Teile der Partieliten, die sich nur in schwachem Maße vom Vorgängerregime inspiriert fühlen, auf der Eigenständigkeit der nationalen Institutionenordnung bestehen, wählen sie nicht mehr im strategischen Feld "Unterwerfung vs. Rebellion", sondern "improvisieren" in bewusster Abgrenzung zum rigiden Modell der europäischen Integration.

Die Überlegungen zeigen, dass der CRA als Beobachtungsperspektive auf der einen Seite in der Lage ist, Handlungs- und Strategielogiken in Transformationsphasen Erkenntnis gewinnend herauszuarbeiten. Auf der anderen Seite handelt es sich bei der Zuordnung der Akteure zu den beobachteten Handlungen um eine sensible konzeptionelle Herausforderung. Genauso wie fünfzehn Jahre nach dem Systembruch nicht mehr von einer Transformationsphase gesprochen werden kann, lässt sich hinsichtlich der Bewältigung von Transformations-Challenges zweiter Ordnung nicht mehr von homogen handelnden Eliten ausgehen.

5 Literatur

- Agh, Attila (1994): Bumpy Road to Europeanization. Policy Effectiveness and Agenda Concentration in the Hungarian Legislation (1990-93). In: Attila Ágh (Hrsg.): The Emergence of East Central European Parliaments: The First Steps. Budapest: Hungarian Centre for Democracy Studies, 69-86.
- Ash, Timothy Garton (1999/2000): Zehn Jahre danach. In: Transit, Heft 18, 5-16.
- Bayer, József/Deppe, Rainer (Hrsg.) (1993): Der Schock der Freiheit. Ungarn auf dem Weg in die Demokratie. Frankfurt: Suhrkamp.
- Beichelt, Timm (2001): Demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa. Die Rolle der politischen Institutionen. Opladen: Leske+Budrich.
- Beichelt, Timm (2004): Die Europäische Union nach der Osterweiterung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Beichelt, Timm/Minkenberg, Michael (2002): Rechtsradikalismus in Transformationsgesellschaften. Entstehungsbedingungen und Erklärungsmodell. In: Osteuropa, 52, 247-262.
- Best, Heinrich (2004): Das Forschungsprogramm. Analysen von diskontinuierlichen und nichtlinearen Entwicklungen. In: SFB 580 Mitteilungen, Heft 15/2004, 7-28.
- Beyme, Klaus von (1984): Parteien in westlichen Demokratien. München: Piper.
- Beyme, Klaus von (1994): Systemwechsel in Osteuropa. Frankfurt: Suhrkamp.
- Beyme, Klaus von (1997): Parteien im Prozeß der demokratischen Konsolidierung. In: Wolfgang Merkel/Eberhard Sandschneider (Hrsg.): Systemwechsel. 3. Parteien im Transformationsprozeß. Opladen: Leske + Budrich, 23-56.

- Bönker, Frank/Wielgoths, Jan (2004): Kultur als Transformationsbarriere. Entwicklungslinien einer Diskussion. In: Jürgen Beyer/Petra Stykow (Hrsg.): Gesellschaft mit beschränkter Hoffnung. Reformfähigkeit und die Möglichkeit rationaler Politik. Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 223-240.
- Brubaker, Rogers (1997): Nationalism reframed. Nationhood and the National Question in the New Europe. Cambridge: Cambridge University Press.
- Brusis, Martin (2004): Regierungskultur und Regierungspraxis am Beispiel Bulgariens, Tschechiens und Ungarns. In: Berliner Debatte Initial, 15, 13-22.
- Bugajski, Janusz (2002): Political Parties of Eastern Europe. A Guide to Politics in the Post-Communist Era. Armonk, N.Y.: M.E. Sharp.
- Chiot, Daniel (2001): Osteuropa zwischen Kultur und Modernisierung. In: Transit, Heft 21, 21-41.
- Crawford, Beverly/Lijphart, Arend (Hrsg.) (1997): Liberalisation and Leninist Legacies. Comparative Perspectives on Democratic Transitions. Berkeley: University of California Press.
- Dahl, Robert A. (1989): Democracy and its Critics. New Haven: Yale University Press.
- East, Roger/Pontin, Jolyon (1997): Revolution and Change in Central and Eastern Europe. London: Pinter.
- Erhart, Christof/Sandschneider, Eberhard (1994): Politikverdrossenheit. Kritische Anmerkungen zur Empirie. Wahrnehmung und Interpretation abnehmender politischer Partizipation. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 25, 441-458.
- Esping-Andersen, Gosta (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge: Cambridge University Press.
- Eyal, Gil/Szelenyi, Ivan (1998): Das zweite Bildungsbürgertum. Die Intellektuellen im Übergang vom Sozialismus zum Kapitalismus in Mitteleuropa. In: Magarditsch A. Hatschikjan/Franz-Lothar Altmann (Hrsg.): Eliten im Wandel. Paderborn: Schönigh, 63-102.
- Falter, Jürgen/Schumann, Siegfried (1993): Nichtwahl und Protestwahl. Zwei Seiten einer Medaille. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft B11, 36-49.
- Fukuyama, Francis (1992): Das Ende der Geschichte. München: Kindler.
- Gawrich, Andrea (2003): Die jüngsten Parlamentswahlen in Polen, Ungarn und Tschechien. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 34, 270-283.
- Grotz, Florian (2000): Politische Institutionen und post-sozialistische Parteiensysteme in Ostmitteleuropa. Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei im Vergleich. Opladen: Leske+Budrich.
- Grün, Michaela (2005): Samoobrona Between Movement and Party - a Case Study of Contemporary Polish Right-Wing Populism. Paris: Rencontres doctorales franco-allemandes IEP de Paris/Europa Universität Viadrina.
- Hennis, Wilhelm (Hrsg.) (1977/79): Regierbarkeit. 2 Bände. Stuttgart: Kohlhammer.
- Higley, John/Burton, Michael (1998): Elite Settlements and the Taming of Politics. In: Government and Opposition, 33, 98-116.
- Higley, John/Lengyel, György (Hrsg.) (2000): Elites after State Socialism. Oxford Lanham: Rowman & Littlefield.
- Inglehart, Ronald (1990): From Class-Based to Value-Based Politics. In: Peter Mair (Hrsg.): The West European Party System. Oxford: Oxford University Press, 266-282.
- Ishiyama, John (Hrsg.) (1999): Communist Successor Parties in Post-Communist Politics. Huntington: Nova Scotia.
- Ishiyama, John T. (1998): Strange bedfellows. explaining political cooperation between communist successor parties and nationalists in Eastern Europe. In: Nations and Nationalism, 4, 61-85.
- Janos, Andrew C. (2000): East Central Europe in the Modern World. The Politics of the Borderland from Pre- to Postcommunism. Stanford: Stanford University Press.

- Jowitt, Ken (1992): *The Leninist Legacy*. In: Ken Jowitt (Hrsg.): *New World Disorder: The Leninist Distinction*. Berkeley: University of California Press, 284-305.
- Karatnycky, Adrian (1997): Introduction. Political and Economic Reform in East Central Europe and the New Independent States. A Progress Report. In: Adrian Karatnycky/Alexander Motyl/Boris Shor (Hrsg.): *Nations in Transit 1997. Civil Society, Democracy and Markets in East Central Europe and the Newly Independent States*. New Brunswick/ London: Transaction Publishers, 1-16.
- Kitschelt, Herbert (1992): The Formation of Party Systems in East Central Europe. In: *Politics and Society*, 20, 7-50.
- Kitschelt, Herbert (1995): Formation of Party Cleavages in Post-Communist Democracies. Theoretical Propositions. In: *Party Politics*, 1, 447-472.
- Kitschelt, Herbert/Mansfeldova, Zdenka/Markowski, Radoslaw et al. (1999): *Post-Communist Party Systems. Competition, Representation, and Inter Party Cooperation*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Laakso, Markku/Taagepera, Rein (1979): 'Effective' Number of Parties. A Measure with Application to West Europe. In: *Comparative Political Studies*, 12, 3-27.
- Leff, Carol Skalnik (1997): *The Czech and Slovak Republics. Nation Versus State*. Boulder: Westview Press.
- Lewada, Juri (1993): *Die Sowjetmenschen. Soziogramm eines Zerfalls*. München: dtv.
- Lijphart, Arend (1999): *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. New Haven: Yale University Press.
- Linz, Juan/Stepan, Alfred (1996): *Problems of Democratic Transition and Consolidation*. Baltimore/London: Johns Hopkins University Press.
- Lippert, Barbara (Hrsg.) (2004): *Bilanz und Folgeprobleme der EU-Erweiterung*. Baden-Baden: Nomos.
- Lipset, Seymour/Rokkan, Stein (1990) [1967]: Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives. In: Peter Mair (Hrsg.): *The West European Party System*. Oxford: Oxford University Press, 91-138.
- Lipset, Seymour M. (1959a): *Political Man*. London: Heinemann.
- Lipset, Seymour M. (1959b): Some Social Requisites of Democracy. Economic Development and Political Legitimacy. In: *American Political Science Review*, 53, 69-105.
- Lipset, Seymour Martin/Kuhnle, Stein/Karvonen, Lauri (Hrsg.) (2000): *Party Systems and Voter Alignments Revisited*. London/New York: Routledge.
- Mair, Peter (2000): The freezing hypothesis. An evaluation. In: Seymour Martin Lipset/Stein Kuhnle/Lauri Karvonen (Hrsg.): *Party Systems and Voter Alignments Revisited*. London/New York: Routledge.
- Marks, Gary/Hooghe, Liesbet/Nelson, Moira et al. (2006): Party Competition and European Integration in the East and West. Different Structure, Same Causality. In: *Comparative Political Studies*, 39, 158-159.
- Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Croissant, Aurel u.a. (2003): *Defekte Demokratie. Band 1: Theorie*. Opladen: Leske + Budrich.
- Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard (Hrsg.) (1997): *Systemwechsel. 3. Parteien im Transformationsprozeß*. Opladen: Leske + Budrich.
- Meyer, Thomas (2001): *Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Minkenberg, Michael (2002): The Radical Right in Post-socialist Central and Eastern Europe. Comparative Observations and Interpretations. In: *East European Politics and Society*, 16, 335-362.

- Mudde, Cas (2005): Racist Extremism in Central and Eastern Europe. In: *East European Politics and Societies*, 19, 161-184.
- Nève, Dorothee de (2002): Sozialdemokratische und sozialistische Parteien in Südosteuropa. Opladen: Leske+Budrich.
- Nohlen, Dieter (1990): *Wahlrecht und Parteiensystem*. Opladen: Leske + Budrich.
- Nohlen, Dieter/Kasapovic, Mirjana (1996): *Wahlssysteme und Systemwechsel in Osteuropa*. Opladen: Leske + Budrich.
- Offe, Claus (1998): Die politisch-kulturelle "Innenseite" der Konsolidierung. Eine Anmerkung über Besonderheiten der postkommunistischen Transformation. In: Hans-Jürgen Wagener/Heiko Fritz (Hrsg.): *Im Osten was Neues. Aspekte der EU-Osterweiterung*. Bonn: Dietz, S. 110-114.
- Polanyi, Karl (1995) [1944]: *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt: Campus.
- Przeworski, Adam (1991): *Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Przeworski, Adam (1992): The Games of Transition. In: Scott Mainwaring/Guillermo O'Donnell/J. Samuel Valenzuela (Hrsg.): *Issues in Democratic Consolidation. The New South American Democracies in Comparative Perspective*. Notre Dame: University of Notre Dame Press, S. 105-152.
- Przeworski, Adam/Alvarez, Michael/Cheibub, José Antonio et al. (1996): What makes democracies endure? In: *Journal of Democracy*, 7, 39-55.
- Ramet, Sabrina P. (Hrsg.) (1999): *The radical Right in Central and Eastern Europe since 1989*. University Park, PA: Pennsylvania State University Press.
- Regenbogen, Arnim/Meyer, Uwe (Hrsg.) (1998): *Wörterbuch der philosophischen Begriffe*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Rosa, Hartmut (2005): *Beschleunigung*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Sartori, Giovanni (1976): *Parties and Party Systems*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Sartori, Giovanni (1994): *Comparative Constitutional Engineering. An Inquiry into Structures, Incentives and Outcomes*. Houndsmills: Basingstroke.
- Schmidt, Manfred G. (2004): *Wörterbuch zur Politik*. Stuttgart: Kröner.
- Segert, Dieter (1997): Parteien und Parteiensysteme in der Konsolidierung der Demokratien Osteuropas. In: Wolfgang Merkel/Eberhard Sandschneider (Hrsg.): *Systemwechsel. 3. Parteien im Transformationsprozeß*. Opladen: Leske + Budrich, S. 57-97.
- Shugart, Matthew Soberg (1997): Politicians, Parties, and Presidents. An Exploration of Post-Authoritarian Institutional Design. In: Beverly Crawford/Arend Lijphart (Hrsg.): *Liberalisation and Leninist Legacies. Comparative Perspectives on Democratic Transitions*. Berkeley: University of California, S. 40-90.
- Sitter, Nick (2002): *Opposing Europe. Euro-Scepticism, Opposition and Party Competition*. Sussex: Sussex European Institute (SEI) Working Paper Nr. 56.
- Skilling, Harold Gordon/Griffiths, Franklyn (Hrsg.) (1971): *Interest groups in Soviet politics*. Princeton: Princeton University Press.
- Szczerbiak, Aleks/Taggart, Paul (2000): *Opposing Europe. Party Systems and Opposition to the Union, the Euro and Europeanisation*. Sussex: Sussex European Institute (SEI) Working Paper Nr. 36.
- Szücs, Jenő (1990): *Die drei historischen Regionen Europas*. Frankfurt: Verlag Neue Kritik.
- Taggart, Paul/Szczerbiak, Aleks (2002): *The Party Politics of Euroscepticism in EU Member and Candidate States*. Sussex: Sussex European Institute (SEI) Working Paper Nr. 51.

- Transparency International (2005): Global Corruption Report 2005. Internet: www.transparency.org.
- Verdery, Katherine (1998): Transnationalism, Nationalism, Citizenship, and Property: Eastern Europe since 1989. In: *American Ethnologist*, 25, 291-306.
- Veser, Reinhard (2003a): Aggressiv, aber berechenbar. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 8.1.2003.
- Veser, Reinhard (2003b): Die neuen Konservativen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 7.3.2003.
- Vodicka, Karel (1997): Das Parteiensystem Tschechiens. In: Dieter Segert/Richard Stöss/Oskar Niedermayer (Hrsg.): *Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 90-134.